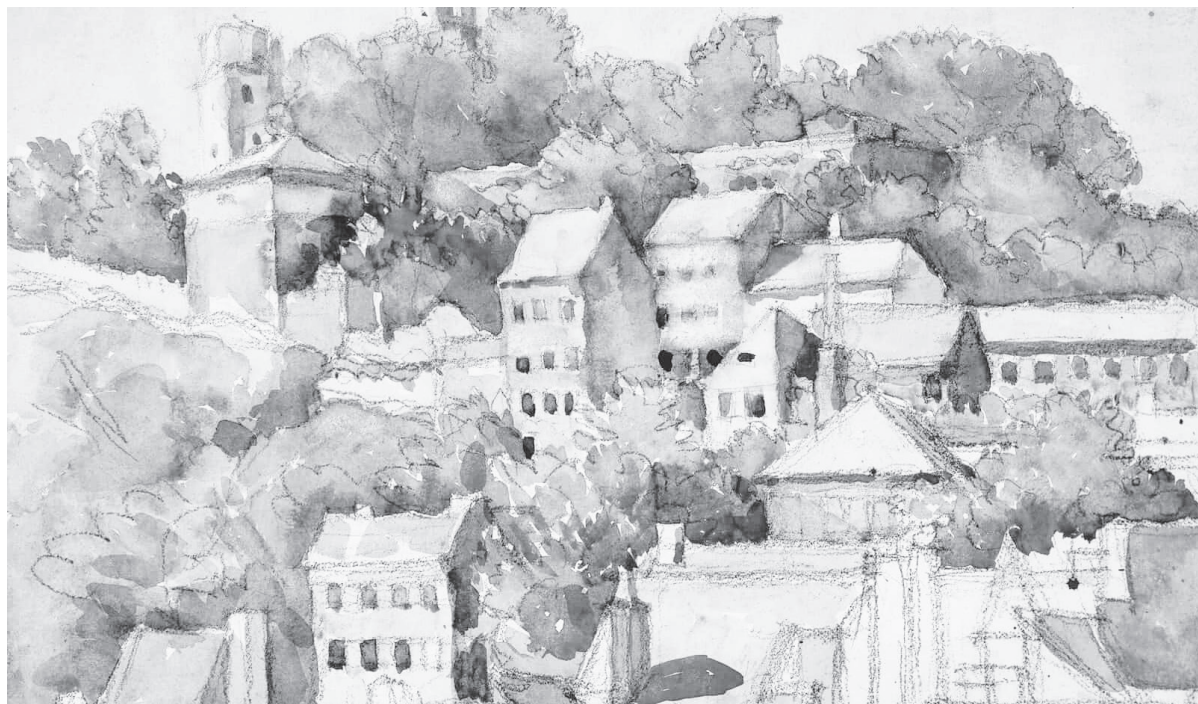


ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

Die Ausstellung des Jüdischen Museums Bratislava präsentiert Zeichnungen des Architekten Artur Szalatnai-Slatinský aus dem Jahr 1951.

SLOWAKEI

Kultur statt Orbanisierung

Unter der Regierung Robert Ficos erlebt die Slowakei eine autoritäre Wende. Doch der zivilgesellschaftliche Protest ist stark. Im Dezember 2025 bot der Schriftsteller Michal Hvorecký eine Führung durch die widerständige Hauptstadt Bratislava an. Das EBF Österreich organisierte eine Busreise mit zwanzig Interessierten.

Wer über die Krise im Land spricht, kommt um den Namen Robert Fico nicht herum. Mit seinem autoritären Kurs hatte der Ministerpräsident der Slowakei in den letzten Jahren für Schlagzeilen gesorgt. Nachdem Fico in Folge der zivilgesellschaftlichen Proteste 2018 seinen Rücktritt erklärt hatte, trat er 2023 erneut als Sieger aus der Nationalratswahl hervor. Das Land war durch Corona und Ukraine-Krieg gespalten. Man schien vergessen oder vergeben zu haben, dass Fico und der frühere Innenminister Robert Kaliňák der Korruption beschuldigt worden waren. Der Journalist Ján Kuciak war im Februar 2018 ermordet worden, nachdem er die Verflechtungen der slowakischen Regierung mit der italienischen Mafia aufgedeckt hatte.

Ficos nunmehr vierte Regierung steht für freundliche Töne gegenüber Orbán und Putin bei gleichzeitigem Eingriff in Justiz, Medien

und Kultur. Nachdem Kulturministerin Martina Šimkovičová den Direktor des slowakischen Nationaltheaters sowie die Direktorin der slowakischen Nationalgalerie plötzlich entlassen hatte, mischte sich auch Schriftsteller Michal Hvorecký lautstark in die Debatte ein und nannte Šimkovičová in der Zeitung «Denník N» eine Neofaschistin. Šimkovičová erstattete Anzeige, doch ein Prozess kam nicht zustande. Sichtlich erleichtert über diese Entscheidung und voller Energie zeigte sich Hvorecký im Dezember 2025 bereit, eine kleine Gruppe von Interessierten durch die Kulturszene Bratislavas zu führen und mehr über Krise und Opposition in der Slowakei zu erzählen.

Programmkino statt Faschismus

Vom Hauptbahnhof in Bratislava, einem klobigen Bauobjekt aus der Zeit der Tschechoslo-

wakei, führen vielbefahrene Strassen zum Pistoriho Palác. In den 1890ern vom Apotheker Felix Piszatory errichtet, wurde der prächtige historische Bau im 20. Jahrhundert zum Zentrum nationalsozialistischer Kräfte, die dort die Shoa vorbereiteten. In der Tschechoslowakei befand sich im Pistoriho Palác ein Lenin-Museum, in das damals jedes Kind gezerrt wurde – auch Michal Hvorecký. Heute lebt der Schriftsteller in der Nachbarschaft und freut sich, dass das Nationaldenkmal mittlerweile ein lebendiges, für alle erschwingliches Kulturzentrum ist. Mit wechselnden Ausstellungen, einem Programmkino, Theater und einer Bibliothek mit Büchern, die in der Sowjetunion verboten waren. Als Hvorecký die Gruppe durch eine Ausstellung buntfarbiger wie unheimlicher Porträtbilder führt, vorbei an raumgreifenden Metallskulpturen und durch prächtige Flügeltüren, erzählt er: «Ich bin gerne hier. Ich lebe schon mein ganzes Leben in Bratislava. Auch wenn es hier nicht immer einfach ist.» Der Pistoriho Palác ist die erste Station der Tour durch das widerständige Bratislava. Hier trifft die Gruppe auf den slowakischen Politikwissenschaftler und Freund Hvoreckýs, Jozef Bátora. Bátora wirft der Regierung Ficos die «langsame Orbánisierung» des Landes vor. Orte wie der Pistoriho Palác wirken vor dieser Entwicklung wie gallische Dörfer. Existieren können solche unabhängigen Kultureinrichtungen weiterhin, weil sie auf kommunaler Ebene finanziert sind. Ähnlich wie sein Kollege in Budapest, ist auch der Bürgermeister Bratislavas kein Freund autoritärer Regierungskurse. Matúš Vallo zeigt sich als Unterstützer der Pride

Parade und des Klimaschutzes. Ein bisschen stolz wirken Jozef Bátora und Michal Hvorecký, als sie hinzufügen, dass Vallo nicht nur ein guter Bürgermeister, sondern auch Architekt und ein bekannter Rockmusiker ist.

Ein politisches Chamäleon

Jozef Bátora muss ausholen, um die Geschichte des Ministerpräsidenten Robert Fico zu erzählen, die vielen Auf- und Abs seiner Karriere. Deutlich wird dabei, dass der populistische Politiker programmatisch nicht zu fassen ist. Was immer ihm nutzte, war er – ein politisches Chamäleon: In den 1990ern Sozialdemokrat, im frischen Jahrtausend EU-Anhänger und in den 2020ern ein Politiker, der mit rechtsextremen Splittergruppen und Impfgegner:innen paktierte. Zudem ist Fico ein erfolgreicher Influencer, auch ausserhalb der Metropolen. «Er weiss, wie man mit den Menschen auf dem Land spricht», erklärt Bátora. Nach Bátora sind Fico und seine Parteifreund:innen von zwei Motivationen getrieben: Zum einen dem Gefängnis zu entgehen und zum anderen die alten «oligarchischen Mafiastrukturen» wiederzubeleben. Grundsätzlich verfolgt die Regierung Robert Fico IV einen nationalistischen Kurs: Slovakia first. Im September 2025 wurde eine Verfassungsänderung beschlossen, die slowakisches Recht über EU-Recht stellt. Ein offizieller EU-Austritt ist zwar nicht geplant, wird auf juristischer und politischer Ebene aber praktiziert – ein Vorgehen, das man von Orbán kennt. Die geopolitisch instabile Situation begünstige die «pathologische Lage des Landes» zusätzlich, so Bátora.

Andauernder Kulturkampf

Michal Hvorecký führt die Gruppe an einigen regennassen Fassaden vorbei zu einem unterirdischen jüdischen Friedhof, der Chatham Sofer Gedenkstätte. Auf dem Weg hebt er noch einmal die Bedeutung der slowakischen Zivilgesellschaft hervor. Nachdem Kultur-

ministerin Martina Šimkovičová gegen ihn geklagt hatte, kam sofort eine Petition in Umlauf: Käme er vor Gericht, wollten alle diese Bürger:innen auch vor Gericht. Denn sie seien derselben Meinung wie er: Die Kulturministerin sei eine Neofaschistin. Die Petition hatten Tausende unterzeichnet. «Das hat mir in der schweren Zeit viel Mut und Kraft gegeben», erzählt Hvorecký.

Die Besichtigung der Nationaldenkmäler und Kulturstätten Bratislavas macht deutlich: Kultur und Politik gingen in der Slowakei schon immer eng zusammen. Die slowakische Bevölkerung, so erfährt man von Hvorecký, sei immer schon ohne aristokratisches Selbstbewusstsein gewesen, voller Skepsis gegenüber Obrigkeiten. In der Opposition gegen die autoritäre Regierung von Vladimír Mečiar in den 1990ern politisierte sie sich weiter. 2018 organisierte sie schliesslich die grössten Proteste seit Ende des Ostblocks.

Als umtriebiger Schriftsteller und Journalist schaut Hvorecký bei den Protesten auch auf die starke unabhängige Kulturszene der Slowakei. Die dürfte der neuen Regierung und speziell Kulturministerin Martina Šimkovičová ein besonderer Dorn im Auge sein. Für 2026 fällt deshalb fast die komplette Finanzierung für die Offszene weg. «Viele Initiativen und Kollektive – gerade im Osten des Landes, wo die Arbeit besonders schwierig ist – sind existentiell bedroht», erzählt Hvorecký, «einige werden wahrscheinlich aufhören – oder auswandern.» Die Abwanderung ist ein weiteres Problem der Slowakei, neben der politischen und wirtschaftlichen Krise.

Trolle des Kapitalismus

Ganz überraschend ist vor dieser Folie nicht, dass Michal Hvorecký oft dystopische Gesellschaftsromane schreibt. Einer davon heisst «Troll» und erzählt von einem Heer aus Trollen, die das Internet beherrschen. «Eskorta» wiederum begleitet einen jungen Mann, der sich der Überwachung durch den tschecho-

slowakischen Geheimdienst ausgesetzt sieht. Er flieht, kehrt Jahre später nach Bratislava zurück und steht dem Turbokapitalismus gegenüber. Realsozialismus und Turbokapitalismus sind prägende Ideologien in der Slowakei. Vor 15 Jahren war das Land noch ein Wirtschaftswunder, wurde «Karpatentiger» genannt. «Die neoliberalen Regierungen hatten damals gefordert: Erst werden wir reich, dann kümmern wir uns um Bildung und Kultur. Man hat die demokratische Arbeit unterschätzt. Jetzt sehen wir die Konsequenzen.» Zu denen gehört auch, dass eine Kulturministerin wie Martina Šimkovičová mit Gesetzgebungen aus der sozialistischen Zeit hantiert und prompt die Kultur «hackt», wie Hvorecký mit einer Tech-Metapher ergänzt.

Am Ende der Tour durch Bratislava, vorbei an Kulturdenkmälern, Graffiti und alten sozialistischen Bauten, stehen die Teilnehmenden vor der Brücke des Slowakischen Nationalaufstands. Über 400 Meter Infrastruktur hängen an Stahlseilen, darüber ein UFO-förmiges Panoramarestaurant. «Die Brücke ist umstritten, weil sie die Stadt in zwei Hälften teilt.» Kein schlechter Aufhänger, will man über die gesellschaftliche Stimmung in der Slowakei sprechen. «Die Bevölkerung glaubt immer weniger an die Demokratie», führt Hvorecký aus und ergänzt: «Es wird Jahrzehnte brauchen, um zu korrigieren, was in diesen Jahren innerhalb der slowakischen Kultur kaputtgemacht wird.» Aber dann lächelt er und erinnert nochmals an seinen kleinen Sieg über Šimkovičová. Solange es eine so starke Zivilgesellschaft und kritische unabhängige Medien wie «Denník N» gibt, werden sich Politiker*innen wie Šimkovičová weiter gefallen lassen müssen, Faschist*innen genannt zu werden.

Fabian Lutz*

*Fabian Lutz ist seit 2025 Teil der Redaktion von mosaik, arbeitet im freien Kulturjournalismus und interessiert sich besonders für queerfeministische Interventionen und Utopien. Er hat uns diesen Artikel für Archipel übergeben.

SYRIEN

Die Zentralisierung Syriens

Werden die Freiheiten der Kurden und Kurdinnen für die Zentralisierung Syriens geopfert? Obwohl sich die Regierung von Ahmed al-Sharaa und die kurdischen «Syrischen Demokratischen Kräfte» (SDF) auf einen weiteren Waffenstillstand geeinigt haben, dauern die Kämpfe und Spannungen im Land an. Dies war der Stand des folgenden Artikels vom 21. Januar¹, der aber auch die Tendenz über dieses Datum hinaus wiedergibt.

Die SDF haben zu einer allgemeinen Mobilisierung der Kurd:innen aufgerufen, um ihre Gebiete angesichts der Militäroffensiven der Regierung zu verteidigen, die darauf abzielen, deren Macht in Syrien zu festigen. Nach wochenlangen Zusammenstössen rückten die

Streitkräfte der Regierung in die mehrheitlich von Kurdinnen und Kurden bewohnten Stadtteile Sheikh Maqoud und Ashrafiyeh in Aleppo vor, was zur Vertreibung von über 100.000 Zivilist:innen führte. Dies gipfelte darin, dass die Regierungstruppen nach dem

Rückzug der SDF grosse Teile der Provinzen Deir Ezzor und Raqqa einnahmen.

Die Militäroffensive in Aleppo sowie in anderen von der SDF kontrollierten Gebieten erfolgte nach Ablauf der in der Vereinbarung vom 10. März 2025 festgelegten Frist des 31. Dezember 2025. Das von Washington zwischen dem syrischen Interimspräsidenten Ahmed al-Sharaa und Mazloum Abdi, dem Chef der SDF, ausgehandelte Abkommen sah die Integration sowohl des zivilen als auch des militärischen Flügels der SDF in den zentralen Staat vor. Die politische Pattsituation blieb jedoch bestehen. Die militärische Eskalation fand dann nur zwei Tage nach einem Treffen zwischen den syrischen Behörden und der SDF in Damaskus statt, an dem auch US-Militärangehörige teilgenommen hatten. Es scheint klar, dass die syrischen Behörden während der laufenden Verhandlungen einen Plan entwickelten, zunächst eine Militäroperation in Aleppo zu starten und diese dann auf andere von den SDF kontrollierte Gebiete auszuweiten. Sie versammelten verschiedene arabische Stämme – die seit einiger Zeit mit

al-Sharaa in Kontakt stehen – in Deir Ezzor und Raqqa, um eine allgemeine Offensive gegen die SDF vorzubereiten. All dies geschah mit Unterstützung der Türkei und mit grünem Licht aus Washington.

Unsicherheit

Der ursprüngliche Waffenstillstand vom 18. Januar 2026 und das 14-Punkte-Abkommen sahen den Einmarsch syrischer Streitkräfte in den Nordosten des Landes und die Integration der SDF in die nationale Armee vor. Dennoch konnte dies die militärische Eskalation der Regierung nicht aufhalten. Am Dienstag, dem 20. Januar, wurde eine neue Vereinbarung getroffen. Die «Syrian Arab News Agency» (SANA) gab bekannt, dass die syrischen Regierungstruppen nicht in die Zentren der Städte al-Hasakah und Qamischli einmarschieren. Sie würden in den Aussenbezirken bleiben. Damaskus erklärte ausserdem, dass syrische Streitkräfte nicht in kurdische Dörfer einmarschieren würden und dass in diesen Dörfern keine anderen Streitkräfte als lokale Sicherheitskräfte, die aus den Bewohnern der Region rekrutiert werden, präsent sein dürften.

Darüber hinaus wird Abdi laut SANA voraussichtlich «einen Kandidaten der SDF für das Amt des stellvertretenden Verteidigungsministers sowie einen Kandidaten für das Amt des Gouverneurs von Hasaka, Namen für die parlamentarische Vertretung und eine Liste von Personen für die Beschäftigung in syrischen staatlichen Institutionen vorschlagen». Allerdings bestehen weiterhin viele Unsicherheiten hinsichtlich der Durchführbarkeit dieser Vereinbarungen und ihrer Umsetzung. Gleichzeitig sorgt die Lage im berüchtigten Lager al-Hol in Hasaka, in dem Familien und Anhänger des Islamischen Staates (ISIS) untergebracht sind, für echte Angst, da alarmierende Berichte über die Flucht von hunderten ISIS-Mitgliedern vorliegen.

Ausländische Unterstützung

Obwohl die USA (zusammen mit Frankreich) offiziell daran gearbeitet hatten, die Spannungen zwischen den beiden Akteuren zu deeskalieren, und obwohl sie langjähriger Partner der SDF im Kampf gegen den Islamischen Staat (ISIS) sind, hat Washington keinen nennenswerten Druck ausgeübt, um die Militäraktionen der syrischen Regierung zu stoppen. Tatsächlich sind die USA zu einem wichtigen Unterstützer der neuen Regierungsbehörden geworden, wie die zahlreichen Treffen zwischen Trump und al-Sharaa sowie die Aufhebung der Caesar-Sanktionen im Dezember 2025 zeigen. Ankara seinerseits hat Druck auf die SDF ausgeübt, sich aufzulösen und in die syrische Armee zu integrieren. Es ist anzumerken, dass die Türkei die Gruppe als Ableger der Kurdischen Arbeiterpartei

(PKK) betrachtet, die sie als terroristische Organisation einstuft. Seit Beginn der Militäroffensive der syrischen Regierung haben türkische Beamte mehrfach bekräftigt, dass sie bereit seien, gemeinsam mit der syrischen Armee gegen die von syrischen Kurden geführten Kräfte zu kämpfen. Die Türkei hat auch Gebiete von Qamischli beschossen, und es wird allgemein angenommen, dass sie bei den jüngsten Militäroperationen erhebliche logistische Unterstützung geleistet hat.

Nach dem Sturz des Assad-Regimes ist die Türkei zu einem der wichtigsten regionalen Akteure in Syrien geworden, insbesondere im Norden des Landes. Durch die Unterstützung der von Hay'at Tahrir Sham (HTS) dominierten syrischen Behörden hat Ankara seinen Einfluss auf das Land gefestigt. Neben der Förderung der Rückkehr syrischer Flüchtlinge und dem Bestreben, von den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Wiederaufbaus zu profitieren, besteht das Hauptziel der Türkei darin, die kurdischen Bestrebungen nach Autonomie, die als Bedrohung für die nationale Sicherheit angesehen werden, zu unterbinden und die Autonome Verwaltung Nord- und Ostsyriens (AANES) zu zerschlagen.

Schwächen

In nur wenigen Tagen eroberten die syrischen Machthaber zwei Drittel der von den SDF gehaltenen Gebiete. Über die unmittelbaren geostrategischen Aspekte hinaus zeigt dieser rasche Vormarsch auch die Grenzen des politischen Projekts der AANES unter der

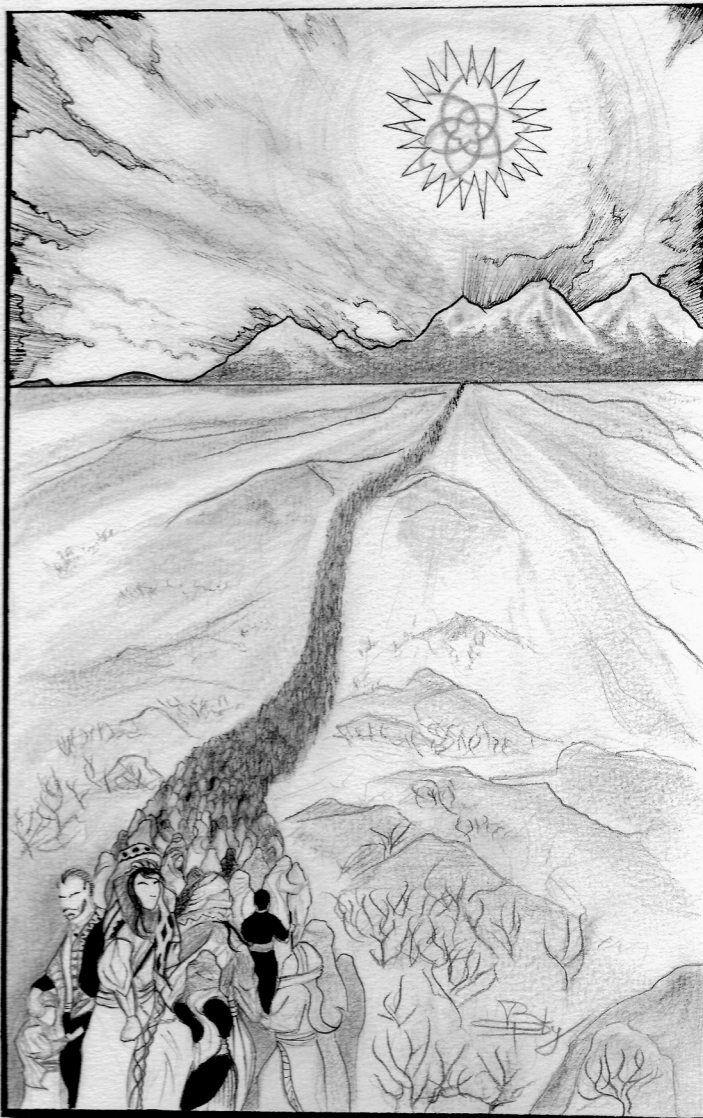
nicht-kurdischen Bevölkerung auf, insbesondere den Araber-innen. Seit Jahren protestieren Teile der arabischen Bevölkerung gegen Diskriminierung, gezielte «Sicherheitsmassnahmen» und die Inhaftierung von Aktivisten sowie gegen die mangelnde Vertretung in den Institutionen der AANES. Anstatt Strategien zu entwickeln, um die Zustimmung der arabischen Bevölkerungsschichten in den von ihnen kontrollierten Gebieten zu gewinnen, haben die Führer der SDF stattdessen mit Stammesführern zusammengearbeitet, um die lokale Bevölkerung zu kontrollieren. Diese Stammesführer sind jedoch dafür bekannt, dass sie ihre Loyalität je nach den derzeit mächtigsten politischen Akteuren wechseln und sich auf die Verteidigung ihrer eigenen materiellen Interessen konzentrieren. Als sich das Kräfteverhältnis zunehmend zugunsten von Damaskus verschob, folgten die Stammesführer diesem Beispiel. Darüber hinaus schwächte das fehlgeleitete Vertrauen der SDF-Führung in die fortgesetzte Unterstützung durch die USA sowie ihr mangelndes Interesse am Aufbau breiterer und tieferer politischer Allianzen mit den demokratischen und progressiven Kräften des Landes die Nachhaltigkeit des politischen Projekts der SDF.

Zentralisierung der Macht

Letztendlich sollte die jüngste Militäroffensive der Streitkräfte der Regierung als Teil der anhaltenden Bemühungen der derzeitigen syrischen Führungseliten um eine Zentralisierung der Macht und ihrer Ablehnung eines inklusiveren Weges für die Zukunft Syriens verstanden werden.

Dies ist seit dem Sturz Assads der Fall. In den folgenden Monaten wurden unter der Führung von al-Sharaa erhebliche Menschenrechtsverletzungen begangen, insbesondere die Massaker an der alawitischen und drusischen Bevölkerung an der Küste und in Sweida. Neben diesen Angriffen haben die herrschenden Behörden auch versucht, demokratische Rechte und Freiheiten einzuschränken. Darüber hinaus werden die Behörden und ihre Anhänger beschuldigt, einen aggressiven Diskurs gegen Kurden und die SDF zu führen, mit Vorwürfen von erheblichem Rassismus und Menschenrechtsverletzungen durch Regierungstruppen und mit ihnen verbündete bewaffnete Gruppen.

So erliess beispielsweise der syrische Minister für Stiftungen, Mohammad Abu al-Khair Shukri, eine religiöse Anweisung, in der er die Moscheen im ganzen Land aufforderte, die von ihm als «Eroberungen und Siege» bezeichneten Erfolge der mit Damaskus verbündeten Kräfte in Ostsyrien zu feiern und für den Erfolg der Soldaten der syrischen arabischen Armee zu beten. Darüber hinaus deutet die ausdrückliche Erwähnung von Vers 6 der Sure al-Anfal aus dem Koran darauf hin, dass er damit auf die Anfal-Militäraktion von 1988 anspielen wollte. Diese wurde von Saddam Hussein gegen die Kurden im heuti-



gen Kurdistan im Irak durchgeführt und war geprägt von Chemiewaffenangriffen, Massenmorden und weitreichender Zerstörung. Trotz dieses besorgniserregenden Kontextes haben regionale und internationale Machthaber die syrischen Regierungsbehörden weiterhin unterstützt und damit ihre Macht über das Land legitimiert und gestärkt. Daher bleiben berechnete Befürchtungen bestehen, trotz der Gewährung sprachlicher, kultureller und staatsbürgerlicher Rechte für die kurdische Bevölkerung in Syrien sowie offizieller Positionen innerhalb des Staates durch al-Sharaa.

Eine der obersten Prioritäten für progressive und demokratische Kräfte in Syrien ist es nun, das Blutvergiessen zu beenden, die sichere Rückkehr vertriebener Zivilist:innen zu ermöglichen und gegen Hassreden und sektiererische Praktiken im Land zu kämpfen. Die Zukunft Syriens steht auf dem Spiel. Tatsächlich haben die neuen Machthaber gezeigt, dass ihre Pläne keinen radikalen Bruch mit den autoritären Praktiken des früheren Regimes darstellen. Derzeit gibt es in Damaskus keine Pläne für eine demokratische und inklusive politische Vertretung und Machtteilung. Alle

Syrer und Syrerinnen, die Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit anstreben, sollten sich über diese Entwicklungen Sorgen machen und sie mit aller Kraft bekämpfen.

Joseph Daher*

*Joseph Daher ist Wissenschaftler und Autor der Bücher «Syria after the Uprisings», «The Political Economy of State Resilience», «Hezbollah: the Political Economy of Lebanon's Party of God» und «Marxism and Palestine». Wir haben ihn in Basel bei der Vorstellung des Al Beyt Projekts (siehe Archipel Dez. 2025) kennengelernt.

1. Publiziert in »The New Arab«, 21.01.26
www.newarab.com/opinion/should-kurdish-freedom-be-sacrificed-syrias-centralisation

IRAN

Leben und Würde

Erklärung für das Leben und die Würde des iranischen Volkes.* Wir erleben einen Sturm. Er ist weder neu noch vorübergehend. Es ist der Sturm des Kapitalismus, des Imperialismus, des Patriarchats und der Staaten, die den Tod verwalten und dabei von Ordnung, Stabilität oder Sicherheit sprechen. In diesem Sturm streiten sich die da oben um Territorien, Ressourcen und Macht; die da unten setzen ihre Körper, ihr Leben, ihre Ängste und ihre Hoffnungen ein.

Im Iran wütet dieser Sturm heute mit besonderer Heftigkeit. Das iranische Volk hat sich erneut gegen das Regime der Islamischen Republik mobilisiert, das nicht gezögert hat, gewaltsam gegen diejenigen vorzugehen, die auf die Strasse gehen. Die Mobilisierungen sind weder ein Einzelfall noch eine momentane Reaktion: Sie sind das Ergebnis jahrzehntelanger politischer Unterdrückung, wirtschaftlicher Ausbeutung, patriarchalischer Gewalt, systematischer Repression und Verweigerung von Rechten. Es ist eine Rebellion, die von der Basis ausgeht, aus dem erstickenden Alltag, von denen, die nicht mehr im Schweigen überleben können und wollen.

Oben bewerten Regierungen und Mächte die Situation aus geopolitischer Sicht. Sie kalkulieren Vorteile, regionale Gleichgewichte, Energieversorgungswege und günstige Allianzen. Oben wird das Verbrechen normalisiert, gerechtfertigt oder unter dem Deckmantel von «Stabilität», «Sicherheit» oder «politischem Realismus» verschleiert. Oben zögern selbst diejenigen nicht, die sich als Feinde des iranischen Regimes präsentieren, das Massaker zu legitimieren, wenn es ihren Interessen dient.

Unten hingegen kämpft das iranische Volk ums Überleben: Unten gibt es Frauen, die sich täglich gegen die patriarchalische Kontrolle auflehnen. Unten gibt es die Arbeiterinnen und Arbeiter, die durch die neoliberale Politik verarmt sind. Unten gibt es sexuelle Dis-

sident:innen, religiöse Minderheiten, unterdrückte Völker, diejenigen, die in Vororten leben, die von der Wasser-, Wohnungs- und Beschäftigungskrise betroffen sind. Unten sind diejenigen, die wiederholt auf die Strasse gegangen sind, oft mit leeren Händen, ohne grosse Organisationen – die durch Repressionen zerstört wurden – und die dennoch mehr erreicht haben als jede institutionelle Opposition.

Wir verurteilen entschieden die Manipulation dieser Demonstrationen von Aussen. Keine ausländische Macht, keine Regierung des Nordens, kein imperialistisches Projekt hat das Recht, das Leiden des iranischen Volkes als Schachfigur zu benutzen. Diese Instrumentalisierung verzerrt nicht nur die tatsächlichen Kämpfe, sondern gefährdet auch noch mehr diejenigen, die Widerstand leisten, indem sie zu einem Vorwand für noch brutālere Repressionen wird.

Wir bekräftigen das unveräusserliche Recht der Völker auf Selbstbestimmung. Freiheit lässt sich nicht exportieren und ist nicht zwischen Staaten verhandelbar. Keine imperialistische Intervention hat jemals den Völkern, die sie zu «befreien» vorgibt, Gerechtigkeit und Würde gebracht. Das lehrt uns die Geschichte, und die Ruinen, die sie hinterlassen hat, bestätigen dies immer wieder.

Es gibt Menschen, die von aussen nach oben schauen und nicht nach unten: Sie rechtfertigen das iranische Regime im Namen

eines angeblichen Antiimperialismus und ignorieren dabei, dass dieses Regime seinem Volk Besatzung, Apartheid, Plünderung und Neoliberalismus auferlegt. Sie fördern reaktionäre, autoritäre und abhängige Alternativen, die Erlösung versprechen, aber gleichzeitig die Herrschaft reproduzieren. Das sind falsche Gegensätze: Die Oberschicht gegen die Oberschicht. Die Macht gegen die Macht. Unten ist das Volk gefangen zwischen zwei Kräften, die sich als Gegenspieler bezeichnen, aber gemeinsam handeln.

Unsere Position ist klar: Wir stehen nicht auf der Seite der Regierungen, wir stehen auf der Seite der Völker. Nicht auf der Seite der Staaten, sondern auf der Seite derjenigen, die Widerstand leisten. Nicht auf der Seite der Eliten, sondern auf der Seite derjenigen, die um ihr Leben kämpfen.

Heute, da das iranische Volk mit Kommunikationsunterbrechungen, dem Ausnahmezustand und der Militarisierung des Alltags konfrontiert ist, rufen wir dazu auf, auf die Warnungen unserer compañeras und compañeros der Zapatisten zu hören: Der Sturm ist global; diejenigen, die glauben, dass er sie nicht betrifft, dass er sie nicht berührt, irren sich. Angesichts dieses Sturms gibt es weder Retter noch Lösungen von oben. Was es gibt, ist die dringende Notwendigkeit, die Kämpfe von Unten zu vereinen, uns im gemeinsamen Schicksal derer wiederzuerkennen, die sich gegen das Kapital, den Imperialismus und alle Formen der Herrschaft wehren. Wir reichen dem iranischen Volk die Hand. Nicht, um es zu bevormunden. Nicht, um in seinem Namen zu sprechen.

Sondern um ihm zu sagen: Ihr seid nicht allein. Denn der Kampf im Iran ist auch der Kampf um das Leben überall sonst. Und weil wir, nur gemeinsam von unten ausgehend, dem Sturm begegnen und uns den Tag danach vorstellen können.

Von verschiedenen Orten des Widerstands und der Rebellion auf der ganzen Welt

*Diese vom EBF mitunterzeichnete Erklärung wurde Ende Januar 2026 von der «Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee» (EZLN) formuliert und an verschiedenste Widerstandsgruppen und Organisationen geschickt. Weltweit unterzeichneten bis Mitte Februar 170 Gruppen/ Organisationen sowie etliche Persönlichkeiten. Ihr findet den Aufruf sowie die vollständige Unterzeichner:innenliste über: «Für das Leben und die Würde des iranischen Volkes.» Um euch anzuschliessen, schreibt bitte an: declaracion.iran@gmail.com

Die Menschen von Al-Mugayyir

Einige Monate lang mit einer palästinensischen Gemeinschaft zusammenleben, die von Siedlern und der israelischen Armee angegriffen wird. Ihre Freude, ihren Kummer und ihren Willen zum Widerstand miterleben. Internationale Solidarität unter denjenigen leben lassen, die von der ganzen Welt verlassen zu sein scheinen.

Wir befinden uns in Al-Mugayyir, einem palästinensischen Dorf zwischen dem Jordan und den Hügeln des Westjordanlands. Vor Ort treffen wir einen Palästinenser des ISM (International Solidarity Movement), der die Ankunft internationaler Freiwilliger in Gemeinden koordiniert, die von der Kolonisierung bedroht sind. Er empfängt uns mit einem breiten Lächeln und seinem absurden Lieblingsspruch: «Welcome to Texas». Es stimmt, hier ist es ein bisschen wie im Wilden Westen.

Auf dem Weg zum Dorf ist die Unterdrückung sichtbar und bedrückend. Zwischen Checkpoints und Siedlungen fahren wir auf Strassen, die von Reihen israelischer Flaggen gesäumt sind («Sie wissen, dass dieses Land ihnen nicht gehört», sagt uns ein Freund, «also versuchen sie, es sich anzueignen, indem sie es mit Flaggen eindecken»). Der Bus, in dem wir fahren, wurde von einer israelischen Kugel durchschlagen. Der Fahrer hat eine Blume um das Loch gemalt, um die Spur des Grauens zu verschönern. Wir fahren nach Al-Khalayel, wo wir wohnen werden. Schnell werden wir mit einer kurzen Geschichte des Ortes vertraut gemacht: Die Familien, die bereits durch die Kolonialisierung aus ihrer Heimat vertrieben worden waren, haben sich in den letzten Jahren hier niedergelassen, in der Hoffnung, weiterhin von der traditionellen Viehzucht leben zu können. Aber der Zionismus hat sie schnell eingeholt. Auf dem Hügel wurde ein «Aussenposten» (Beginn einer Siedlung) errichtet. Auf den ersten Blick nichts Beeindruckendes: ein grosser Mast mit einer abgenutzten Flagge und einem Container daneben – ein Lagerhaus. Seit dem Morgen dieses Tages sind die Familien zahlreichen, besonders gewalttätigen Angriffen ausgesetzt, darunter das Eindringen von Siedlern bei Tag und Nacht, Schläge gegen die Bewohner:innen, Steinwürfe und Brandstiftung, das Öffnen von Wasserreservoirs und Landraub. Die Folge dieser Schikanen: Die Hälfte der Familien hat bereits die schwere Entscheidung getroffen, ihr Land zu verlassen und woanders zu leben. An jedem Ort sehen wir mindestens drei verlassene Häuser. Die Bevölkerung wird von Siedlern, die durch die israelische Regierung gut ausgerüstet werden, schikaniert und nach und nach vertrieben. Wir erinnern daran, dass bei der Gründung des Staates Israel auf Beschluss der UN-Vollversammlung (1948) nur Kolonialmächte vertreten waren und dass diese seitdem nicht aufgehört haben,

Israel zu unterstützen, allen voran die USA.

Widerstand leisten

Unser Leben hier als Ausländer:innen in Al-Khalayel, der Region südlich von Al-Mugayyir, besteht aus Höhen und Tiefen. Manche Tage sind sogar festlich und gleichen Familienfeiern. Die Tage sind geprägt vom Tee, den wir literweise trinken (mit kiloweise Zucker), von den Mahlzeiten, die immer unglaublich schmackhaft und reichhaltig sind, von den Fussball- und Volleyballspielen, welche die Familien zusammenbringen – von den Alten bis zu den kleinen Kindern. Wir lachen, wir essen, wir trinken und könnten dabei fast die Unterdrückung vergessen! Doch dann ändert sich die Situation von einem Moment auf den anderen: Die Armee ist auf dem Hügel, man hört Schüsse, die Siedler sind in den Olivenhainen.

Die Kolonisierung nimmt viele Formen an. Die Palästinenser:innen haben keinen Zugang mehr zu ihren Olivenhainen, um die Ernte einzubringen. Seit über einem Jahr stehen die Lager Jenin, Tulkarem und Nur Shams unter militärischer Belagerung. Niemand kann sie betreten, ohne erschossen zu werden. 40.000 Menschen sind vertrieben worden, und regelmässig weckt die Armee Hoffnungen auf ein Ende der Belagerung, die jedoch immer wieder enttäuscht werden. Die Belagerung dauert an, die Zerstörungen im Inneren gehen weiter. Das Ziel dieser Operation ist es, den starken und kämpferischen Widerstandsgeist, der in diesen Lagern herrscht, anzugreifen und zu brechen. Doch trotz dieser Angriffe werden die Bewohner:innen der Lager weiter Widerstand leisten: «Ich bin sehr stolz darauf, aus dem Lager Tulkarem zu kommen. Sie greifen uns an, weil sie wissen, dass wir vereint sind und dass der Widerstand stark ist. Sie haben uns vertrieben, um die Gemeinschaft zu zerstören. Aber wir werden zurückkommen und alles wieder aufbauen. Und eines Tages werden wir auf unser Land von 1948 zurückkehren.»

Schafe als Waffe

Wir beobachten den pastoralen Kolonialismus: Schafherden werden als Waffe der Zerstörung eingesetzt. Die Hirten sind oft sehr junge Israelis, die schon in jungen Jahren in Gruppen wie Hilltop Youth rekrutiert werden; einer Gruppe, die dafür bekannt ist, illegale Aussenposten zu errichten und gewaltsame Übergriffe gegen Palästinenser:innen zu verüben. Ihre Politik ist die der

Einschüchterung und Zerstörung: Sie lassen ihre Schafe auf den Olivenhainen weiden, um jede Möglichkeit einer Ernte zu verhindern, zerstören Zäune und Mauern, wenn diese ihnen im Weg stehen, und nähern sich jeden Tag ein wenig mehr den Häusern, in der Hoffnung auf eine gewalttätige Reaktion der Bewohner:innen. Ihre Aktion wird schnell zur Routine: Der Hirte kommt gegen acht Uhr vom Aussenposten herunter, reist gegen neun Uhr den Zaun der Olivenbäume nieder und lässt die Schafe herein. Wenn die Familie reagiert, rufen sie die Armee zur Verstärkung. Die Familien (und wir mit ihnen) können nur noch das Eindringen filmen, um eine Eskalation zu vermeiden. Während unseres Aufenthalts versuchten einige Freiwillige, einen Hirten friedlich zu blockieren. Die Armee verhaftet sie noch am selben Morgen und weist zwei von ihnen aus, unter dem Vorwurf der Gewalt gegen ein Kind und der Vergiftung. Man hat den Eindruck, tatenlos zusehen zu müssen, wie diese jungen Israelis mit kindlichen Gesichtern als Werkzeuge für die ethnische Säuberung Palästinas missbraucht werden.

Als Folge dieser pastoralen Hartnäckigkeit können die Familien von Al-Khalayel, die selber Viehzüchter sind, ihr Land nicht mehr wie früher beweiden. Der grösste Teil ihres Landes ist nun unzugänglich, und das Weiden der Herden birgt immer die Gefahr einer Konfrontation mit den Siedlern. Die Familien sind gezwungen, teures Futter für ihre Tiere zu kaufen, obwohl sie seit Generationen von der extensiven Viehzucht leben. Die Umgebung des Lagers ist daher überweidet, und zu den Wunden der Entwurzelung kommen nun auch noch ökologische Schäden hinzu.

Angriffe in der Nacht

Wir halten Nachtwache. Als internationale Aktivist:innen wechseln wir uns mit den «Shébab» (junge Leute auf Arabisch) ab, um die Hügel mit Lampen zu beleuchten. Nachtangriffe passieren häufig: Bei einem davon dringen sieben Siedler in ein Haus ein und verletzen die Matriarchin Umm Hamam sowie den 13-jährigen Rizik und drei anwesende Aktivist:innen. Ein anderes Mal finden wir zu Beginn der Nacht eine einzelne Person auf dem Gipfel des Hügels und zwei weitere auf dem Hügel auf der anderen Seite. Wir sind in der Zange. Sofort schreiten die Jugendlichen des Dorfes zur Tat, verteilen sich, um die anderen Siedler zu finden, blockieren die Wege mit Steinen und entzünden grosse Feuer auf den Hügeln, um zu zeigen, dass wir zahlreich sind. Schliesslich ertönen mehrmals Salven aus automatischen Waffen aus Richtung der beiden Siedler, dann kehrt wieder Ruhe ein und wir sehen die Angreifer davonziehen. Dieses Mal wurde niemand verletzt, da die Reaktionsfähigkeit der palästinensischen Jugendlichen eine Eskalation der Situation verhindert hat. Auch wenn wir dieses Mal mit mehr Angst als Schaden davongekommen sind, sind solche Angriffe Teil der Kolonialstrategie: Es geht darum, ein unsicheres Umfeld zu schaffen, in dem man sich selbst im eigenen Bett nicht mehr sicher fühlen kann. Das Ziel ist die Erschöpfung der Gemeinden, in denen die Jugendlichen zwischen einer schwierigen wirtschaftlichen



Lage und ihren familiären Verpflichtungen Besseres zu tun hätten, als die Nacht damit zu verbringen, die Siedlungen zu überwachen. Aber am Abend am Lagerfeuer ist die Entschlossenheit in ihren Gesichtern zu lesen: Dieses Land ist palästinensisch, und trotz des Leidens wird sie nichts vertreiben. Ihre Entschlossenheit, ihre Widerstandsfähigkeit und ihr Widerstandgeist trotz des offensichtlichen Ungleichgewichts der Kräfteverhältnisse verlangen Respekt. Sie schreiben über ihren Ort: «Al-Mughair ist nicht nur ein Punkt auf einer Karte. Al-Mughair ist ein Puls, der sich weigert, zu versiegen. In ihm wird der Schmerz nicht besiegt, sondern lernt, sich in Würde zu verwandeln. Al-Mughair hat viel gelitten, aber es hat nicht aufgegeben. Es hat viel geweint, aber es hat nie sein Lächeln verloren. Es hat gelernt, seine Wunden mit Fäden der Geduld zu verbinden und Hoffnung auf einem Land zu säen, das den Schmerz nur zu gut kennt.»

Willkürliche Militärzonen und Festnahmen

Eine weitere israelische Erfindung, welche die ethnische Säuberung der Region erleichtern soll, ist die «CMZ», eine Abkürzung für «geschlossene Militärzone». Mit diesem Instrument kann die Armee die palästinensischen Bewohner:innen oder internationalen Aktivist:innen zum Verlassen eines Gebiets auffordern, was sie in Al Khalayel häufig tun. Jedes Mal, wenn eine geschlossene Militärzone ausgerufen wurde, gehörte auch dieses Dorf dazu. Die israelischen Siedler:innen wurden dagegen nie behelligt und sind die ersten, welche die Armee benachrichtigen, sobald sie internationale Aktivist:innen

sehen. Es ist üblich, dass Drohnen über uns fliegen, die von den Siedlern geschickt werden, um uns zu finden. Militärische Razzien im Dorf finden fast täglich statt und sind immer verheerend, mit willkürlichen Verhaftungen, Schüssen auf Gebäude und der Beschlagnahmung von Häusern, angeblich für militärische Zwecke. Während unseres Aufenthalts kostet einer dieser Überfälle den 14-jährigen Muhammad das Leben, der von einem Soldaten erschossen wurde. Am nächsten Tag stören die Siedler:innen die Beerdigung, und die Armee hindert einige Menschen, daran teilzunehmen. Bei jedem militärischen Übergriff zittern wir um unsere palästinensischen Freundinnen und Freunde, denen, wenn sie verhaftet werden, Verletzungen, Vergewaltigungen und Folter drohen.

Uns hat die Armee schliesslich an einem Sonntagmorgen festgenommen, nachdem sie uns zum x-ten Mal eine Sperrverfügung für das Gebiet vorgelegt und die Familien aufgefordert hatte, das Gebiet zu verlassen. Die Langeweile der einwöchigen Haft war nichts im Vergleich zu der Angst der Familien, ihren Lebensraum verlassen zu müssen. Auch im Gefängnis geniessen wir weiterhin unsere Privilegien als Weisse, im Gegensatz zu den palästinensischen Mitgefangenen, die zahlreiche Verletzungen davongetragen haben, nachdem sie von den Wärtern zusammengeschlagen worden waren. Auch die Wanderarbeiter, mit denen wir die Zellen teilen, leiden unter dem Rassismus der israelischen Gesellschaft. Israel hat übrigens gerade beschlossen, dass es ab jetzt möglich ist, die Todesstrafe für palästinensische Gefangene anzuwenden, die des Mordes an einem israelischen

Bürger oder einer Bürgerin oder des Terrorismus beschuldigt werden – und jede-r palästinensische-r Widerstandskämpfer:in wird wegen Terrorismus angeklagt. Mit uns wurden, in weniger als zwei Monaten, zum sechsten Mal solidarische Menschen, die aus dem Ausland nach Al-Khalayel kamen, ausgewiesen. Dies ist der – vergebliche – Versuch des hebräischen Staates, so wie Gaza auch das Westjordanland von allen internationalen Beobachter:innen zu säubern. Bereits 37 Organisationen wurden in Gaza und im Westjordanland verboten, darunter Ärzte ohne Grenzen, weil sie sich geweigert haben, sich einer neuen Regel zu beugen, die vorschreibt, die Namen aller palästinensischen Mitarbeiter:innen anzugeben.

Dieser Kolonialstaat wurde 1948 von unseren Kolonialreichen gegründet, und nun sehen wir es als unsere Pflicht an, den Widerstand der unterdrückten Völker im Kampf gegen die Kolonialisierung zu unterstützen. Von der Ukraine bis zur Kanaky in Neukaledonien, von Kurdistan bis Myanmar. Überall dort, wo die Völker im Widerstand darum bitten, soll die internationale Solidarität leben! Für Palästina ist das möglich, indem wir dorthin reisen – zum Beispiel mit ISM¹, oder uns von unserem Standort aus mit Organisationen wie «Boycott Divestment Sanction» engagieren.

Camille und Théo*

1. The International Solidarity Movement www.palsolidarity.org

*Théo ist gemeinsam mit drei anderen Personen im Dezember 2025 nach Palästina gereist, um dort Bäuerinnen und Bauern zu unterstützen. Er hatte vor, bis Ende März zu bleiben, wurde aber einige Tage nach seiner Festnahme im Februar nach Frankreich ausgewiesen.

Ein Land wird erwürgt

Wie wäre es, wenn wir aufhören würden, auf den Finger zu schauen, wenn man uns den Mond zeigt? Der Kampf der Ideen um Venezuela erreicht seinen Höhepunkt. Mir wurde immer beigebracht, dass hinter Ideen Fakten stehen. Viele dieser Fakten werden in dem, was wir über Venezuela lesen, sehen oder hören, bewusst ignoriert.*

Uns wird immer wieder gesagt, dass Maduro ein «Verfechter des Sozialismus» sei, «der schiefgelaufen ist», «jemand, der das Ideal von Chávez verraten hat», «ein schlechter Manager», der sein Land ruiniert hat. Das ist die einfache Erklärung, um jede Debatte zu beenden. Aber es ist vor allem ein Vorwand, um eine viel brutalere Realität zu verbergen, die uns nie gezeigt wird. Kehren wir zunächst zu den Tatsachen zurück: Venezuela verfügt über die grössten Ölreserven der Welt. Unter Chávez (dem Präsidenten vor Maduro) finanzierte das Geld aus dem Ölgeschäft Schulen, das Gesundheitswesen und den Wohnungsbau. Maduro versuchte, diese Souveränität aufrechtzuerhalten. Aber für Washington ist es inakzeptabel, dass ein Land auf einem solchen Schatz sitzt, ohne dass sich die multinationalen Konzerne bedienen dürfen. Deshalb haben die Vereinigten Staaten, bevor sie Anfang Januar 2026 den Präsidenten entführten, einen totalen Wirtschaftskrieg gegen das venezolanische Volk geführt. Dieser Krieg dauert seit zehn Jahren an. Er ist der Hauptgrund für die Probleme. Folgendermassen führen die Vereinigten Staaten diesen Krieg: Zwischen 2014 und 2016 kam es zu einer Wende. Der Ölpreis brach weltweit ein (von 100 Dollar auf unter 30 Dollar). Das war eine Katastrophe für Venezuela, dessen Wirtschaft vom Öl abhängt. Anstatt das Land sich an die Krise anpassen zu lassen, beschlossen die Vereinigten Staaten, auf das am Boden liegende Venezuela einzuschlagen.

Ein Holdup der USA

In diesem Moment beginnt der Wirtschaftskrieg. Zunächst mit einem finanziellen Überfall. Bereits 2015 unterzeichnet Obama ein Dekret, das Venezuela vom globalen Bankensystem (SWIFT) abkoppelt. Ohne Zugang zu

Devisen (Dollar, Euro) kann das Land nichts mehr importieren. Selbst wenn Geld für Impfstoffe oder Reis vorhanden ist, wagt keine Bank eine Überweisung aus Angst vor amerikanischen Strafen. Die Folge? Die Regale in den Geschäften leeren sich. Aber das ist nicht vom Himmel gefallen: Das Land wurde physisch daran gehindert, für seinen Konsum zu bezahlen. Dann ist es zum Überfall auf CITGO gekommen. Dabei handelt es sich um ein riesiges Unternehmen mit Sitz in den USA, das zu 100 Prozent der venezolanischen Regierung gehört. Es gehört also zu diesem Zeitpunkt zu 100 Prozent dem venezolanischen Volk über seine Regierung. Es handelt sich um ein gigantisches Unternehmen mit riesigen Raffinerien, (die venezolanisches Öl auf amerikanischem Boden verarbeiten), 48 Lagerterminals und 5000 Tankstellen. Alles befindet sich auf amerikanischem Boden. Für Venezuela ist es die einzige Quelle für Dollars, um das Leben des Landes zu finanzieren. Die US-Regierung stiehlt dieses Unternehmen 2019 von einem Tag auf den anderen und beginnt, es zu ihrem eigenen Vorteil zu betreiben. Sie hat buchstäblich die Geldbörse einer anderen Nation beschlagnahmt. Dieser Diebstahl führt zum Zusammenbruch des Bolivar (der Währung Venezuelas) und zur Hyperinflation. Stellen Sie sich vor, man würde Ihnen Ihr Gehalt wegnehmen und Sie dann als «schlechten Verwalter» bezeichnen, weil Sie keine Einkäufe mehr tätigen können. Danach ist die US-Regierung zu allgemeiner technischer Industriesabotage übergegangen. Oft wird der venezolanischen Regierung vorgeworfen, ihre Infrastruktur nicht instandgehalten zu haben. Tatsächlich ist die Realität jedoch viel perfider. Im Gegensatz zum flüssigen Öl aus dem Nahen Osten ist das Öl aus Venezuela «extra schwer»:

Bei Raumtemperatur hat es die Konsistenz von Teer. Um das Öl durch die Pipelines zu transportieren, müssen ständig hochtechnologische chemische «Verdünnungsmittel» eingespritzt werden. Dabei handelt es sich nicht um gewöhnliche Produkte, sondern um massgeschneiderte Hightech-Formeln. Die gesamte venezolanische Industrie wurde speziell für dieses einzigartige Öl aufgebaut. (...) Und so verbietet Washington 2019 den Export dieser wichtigen Chemikalien. Das war keine einfache Sanktion, sondern physische Sabotage. Ohne diese Komponenten verfestigt sich das Öl sofort in den Rohren und verwandelt sie in unbrauchbare Betonrohre. Schlimmer noch: Ohne diese Produkte sind die venezolanischen Raffinerien nicht mehr in der Lage, Rohöl zu Benzin zu verarbeiten. Das Land sass plötzlich auf einem Meer von Öl, das es weder fördern noch raffinieren konnte, um es für seine eigene Bevölkerung zu nutzen. Nicht Maduro hat seine Industrie «vernachlässigt», sondern eine technologische Blockade hat ihre Aufrechterhaltung unmöglich gemacht.

Dann ist die Piraterie dazu gekommen. Im Jahr 2020 entführen die USA die Tanker Bella und Luna, die Benzin für die venezolanische Bevölkerung transportieren, da das Land selbst kein Benzin mehr herstellen kann. Die US-Regierung stiehlt 1,1 Millionen Barrel Treibstoff, um sie zu ihrem eigenen Vorteil weiterzuverkaufen. Im Jahr 2024 beschlagnahmt dann die US-Regierung in Florida eine venezolanische Boeing 747-Frachtmaschine und zerlegt sie mit Schweißbrennern, wodurch sie dem Land ein wichtiges Mittel zum Import humanitärer Hilfe nimmt. Und im Dezember 2025 geht die US-Marine militärisch gegen die Schiffe Skipper und Centuries vor, um den Ölexport nach China zu blockieren. Die Botschaft ist klar: Der Energieexport wird verhindert und der Geldfluss gestoppt.

China springt ein

Die Folge: Millionen von Menschen gehen weg. 7 Millionen von 35 Millionen Menschen verlassen Venezuela. Diese Migration ist zunächst in erster Linie keine politische Entscheidung. Sie ist die Folge einer Blockade, welche die Stromversorgung und die medizinische Versorgung unterbrochen hat. Die Bevölkerung wird ausgehungert, damit die Gesellschaft zusammenbricht. Aber der Aderlass wird gestoppt. Denn die Chinesen haben sich eingemischt. Hier entscheidet sich alles. Historisch gesehen gingen 50 Prozent des venezolanischen Erdöls in die Vereinigten Staaten, da sie die einzigen Kunden waren, die bar bezahlten. Und als Washington 2019 seinen Markt schliesst, glaubt die US-Regierung, Venezuela ruinieren zu können. Aber China eilt massiv zu Hilfe. Es leiht nicht nur Geld (über 60 Milliarden Dollar im Laufe der Jahre). Es mobilisiert auch seine Ingenieure, um die sabotierte Infrastruktur wieder aufzubauen und US-amerikanische Teile durch chinesische Technologie zu ersetzen. China führt auch den Yuan (die chinesische Währung) für den Handel ein und löst damit einen historischen Umschwung gegenüber dem Dollar aus, um die Finanzblockade zu durchbrechen. Diese strategische Partnerschaft ermöglicht eine erste Erholung: Im Jahr

DAS KOOPERATIVEN-NETZ CECOSOLAS

Das EBF unterstützt seit vielen Jahren das Kooperativennetz Cecosola im Nordwesten Venezuelas, das inzwischen seit 60 Jahren besteht. Die andauernde wirtschaftliche Krise, die – unter anderem – zur Verknappung von Lebensmitteln und Medikamenten in Venezuela geführt hat, hat auch weit reichende Auswirkungen, auch auf die Entwicklung von

Cecosola. Im Archipel berichteten wir immer wieder über diese Situation. Z.B. im Archipel 345, April 2025: «Die von uns gewollte Welt aufbauen».

Sie finden diesen und alle weiteren Artikel auf unserer homepage www.forumcivique.org unter der Rubrik: Publikationen/Archipel/Venezuela.

2025 kann Venezuela endlich seinen Niedergang stoppen und kehrt zu einem positiven Wirtschaftswachstum zurück. Heute gehen etwa 70 Prozent des venezolanischen Öls nach China. Für Peking ist dieses Öl lebenswichtig: Trotz seines Status als Weltmeister im Bereich der erneuerbaren Energien hat China einen immensen Bedarf an Rohöl für seine Schwerindustrie. Für Washington ist es unerträglich, dass der Rivale China seine Energieversorgung im selbst ernannten Einflussbereich der USA sichert. Dieser Krieg

wird gegen das venezolanische Volk geführt. Aber auch gegen China.

Ja, man kann Caracas kritisieren. Und diese Erklärung reicht nicht aus, um alles zu verstehen. Da sind wir uns einig. Aber kann man von «Bankrott» sprechen, wenn das mächtigste Imperium der Welt Ihre Konten sperrt, Ihre Einnahmen stiehlt, Ihre Ölquellen technisch sabotiert, Ihre Lebensmittel beschlagnahmt und schliesslich Ihren Präsidenten entführt, während sich Ihr Land allmählich wieder erholt? Im Jahr 2026 sieht

das, was sich «Befreiung» nennt, jedenfalls wie internationales Banditentum aus, um den Petrodollar zu retten.

Damien Robert*

* Damien Robert ist ehemaliger Vorsitzender der belgischen Arbeiter_innenpartei in Liège und schreibt regelmässig zur Aktualität. Die Archipel-Redaktion hat sich entschlossen, diesen Text abzudrucken, weil er wertvolle Hintergrundinformationen liefert, möchte aber betonen, dass sie weder das Maduro-Regime noch die Einflussnahme Chinas verteidigt, ganz zu schweigen von der verbrecherischen US-Politik.

WAS BEDEUTET FREIHEIT FÜR DIE UKRAINE, FÜR EUROPA?

Am 20. März findet zu diesem Thema ein Podiumsgespräch mit dem bekannten ukrainischen Journalisten und Menschenrechtsverteidiger Maxim Butkewitsch an der Universität Basel statt.

Es ist nun über vier Jahre her, dass Russland im Februar 2022 in die Ukraine eingefallen ist. Maxim Butkewitsch, Antimilitarist, zutiefst schockiert über die Invasion, meldete sich damals freiwillig zur Armee, um sein Land zu verteidigen. Im Juni 2022 geriet er in russische Gefangenschaft, wurde in einem Schauprozess zu 13 Jahren Lagerhaft verurteilt, aber in einem Gefangenaustausch im Oktober 2024 freigelassen. Das Europäische Bürger:innen Forum hatte sich an einer Kampagne für dessen Freilassung massgeblich beteiligt.

Das geplante Podiumsgespräch geht über eine blossе Schilderung der russischen Aggression hinaus. Es bietet die Gelegenheit, tiefere Einblicke in die Ukraine zu gewinnen und über die entscheidenden historischen Momente nachzudenken, die das Land in den letzten Jahrzehnten erlebt hat. Maxim Butkewitsch, engagierter Journalist, scharfsinniger Zeitbeobachter und leidenschaftlicher Aktivist der Maidan-Revolution von 2013, wird über seine Erfahrungen als Menschenrechtsverteidiger, Antimilitarist, Soldat und Kriegsgefangener berichten.

Wie bewahrt man seine Menschlichkeit angesichts der Schrecken des Krieges? Wie verändern die Turbulenzen der letzten Jahre die ukrainische Gesellschaft? Welche Rolle spielen die Medien? Und was braucht es, damit das Leben wieder zur Normalität zurückkehrt, wenn die Waffen einmal schweigen? Was bedeutet Freiheit? Für ihn persönlich, sein Land, für Europa. Nehmen Sie an einer spannenden Diskussion mit Maxim Butkewitsch über diese und andere drängende Fragen teil.

«Frei zu sein ist Glück und es ist der natürlichste menschliche Zustand – das Wesen des Menschen. Deshalb sind die Versuche, andere Menschen zu unterjochen, sie zu Sklaven, zu Waren, zu Objekten der Manipulation zu machen, eine Schande und ein Verbrechen von katastrophalem Ausmass.»

Maxim Butkewitsch, Oktober 2024

**Freitag, den 20. März 2026,
an der Universität Basel, 18 bis 20 Uhr**

Genaues Programm für die Konferenz unter:
www.forumcivique.org

Wir laden Euch herzlich dazu ein!



Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org